WP-01-K3-1023

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Lamya Kaddor (KV Duisburg)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1022 bis 1024 einfügen:
eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns ein. Eines der größten Friedenshindernisse ist der seit Jahrzehnten fortgesetzte, völkerrechtswidrige Siedlungsbau, Siedlergewalt und Annexionen im Westjordanland. Wir wollen uns auf EU-Ebene daher für eine Ausweitung von Sanktionen gegen gewaltbereite Siedler und Siedlerorganisationen einsetzen. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid

Von Zeile 1027 bis 1030:
werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. ~~Das Leid~~Die humanitäre Situation in Gaza ist unerträglich und muss enden. Neben dem Recht auf Selbstverteidigung hat Israel auch die Pflicht, sein militärisches Vorgehen entlang des Völkerrechtes auszurichten. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar. Das gilt auch für die Menschen im Libanon. Wir setzen uns ein für die konsequente Umsetzung von UNSC-Resolution 1701 und für eine Stabilisierung des Libanon. Friedens-und Dialogarbeit zwischen Israelis und Palästinensern, aber auch mit den arabischen Nachbarstaaten, sind eine wichtige Voraussetzung für einen langfristigen Frieden. Wir machen uns weiterhin dafür stark, dass diese wichtige Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure nachhaltig finanziell unterstützt wird.

Begründung

Der Antragstext enthält bereits zentrale Punkte unserer GRÜNEN Nahost-Politik. Er soll noch ergänzt werden um Bereiche, in denen unsere GRÜNE Außenpolitik in den vergangenen Jahren Erfolge erzielen konnte, die wir betonen und weiter stärken wollen. Dazu zählen EU-Sanktionen gegen den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau und Siedlergewalt ebenso wie die Unterstützung von zivilgesellschaftlicher Friedens-und Dialogarbeit.

weitere Antragsteller*innen

Cim Kartal (KV Bielefeld); Jakob Florian Kraasch (KV Bonn); Selim Korkutan (KV Recklinghausen); Matthias Schneider (KV Duisburg); Jonathan Franz (KV Berlin-Pankow); Melih Keser (KV Duisburg); Simon Haack (KV Münster); Anja-Kristin Jungermann (KV Duisburg); Martina Hinssen (KV Duisburg); Katja Poredda (KV Köln); Said Ettejjari (KV Segeberg); Angelika Sgumin (KV Duisburg); Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Tobias Sauter (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ali Saker (KV Münster); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Antje Westhues (KV Bochum); Kerstin Kirchhofer (KV Duisburg); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.